Strommarkt im Mittelpunkt = Marché de l'électricité au centre des activités

Autor(en): **Steiner, Rudolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **93 (2002)**

Heft 20

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-855461

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Strommarkt im Mittelpunkt

Präsidialansprache an der 112. Generalversammlung des VSE vom 6. September 2002 in Schwyz

Nach seinem ersten Jahr als Präsident des VSE gibt der Autor einen Rückblick auf eine intensive, aber auch äusserst interessante Zeit. Schwerpunkt war die bevorstehende Volksabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Mit den beiden Antiatominitiativen und dem Gegenvorschlag stehen für das nächste Jahr bereits wieder Schwergewichte auf der Abstimmungsbühne.

■ Rudolf Steiner

Einleitung

Im Mittelpunkt des abgelaufenen Verbandsjahres stand zweifellos die innerhalb und ausserhalb der Elektrizitätsbranche mit viel Engagement, Emotionen aber auch Sachlichkeit geführte Diskussion zur bevorstehenden Volksabstimmung über die Strommarktöffnung in der Schweiz vom 22. September 2002. Parallel dazu wurde in den eidgenössischen Räten über die beiden Volksinitiativen «Moratorium Plus» – für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos sowie «Strom ohne Atom» – für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke und zur Revision des Kernenergiegesetzes (KEG) heftig und kontrovers debattiert. Nach der Abstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) steht folglich mit den beiden Antiatominitiativen bzw. dem KEG als indirektem Gegenvorschlag zu den beiden Initiativen für das Jahr 2003 bereits wieder ein wegweisendes Geschäft auf der politischen Abstimmungsbühne.

Strommarktöffnung in der Schweiz nach dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Europaweit sind die Strommärkte einem fundamentalen Wandel unterworfen. Während einzelne Länder wie Deutschland, Finnland, Norwegen, Schweden, Grossbritannien und Österreich ihren Strommarkt bereits vollständig, das heisst vom Grosskunden bis hin zum Haushaltkunden, den freien und marktorientierten Wettbewerbsregeln unterstellten, haben andere Länder wie Frankreich, Italien usw. ihren Strommarkt erst teilweise geöffnet. Mit dem Beschluss der EU-Minister vom März 2002 sind nun jedoch die Strommärkte aller EU-Mitglieder ab 2004 für das gesamte Gewerbe zu öffnen, während die Öffnung für den Haushaltkunden nochmals verzögert wurde.

Die Schweiz als zentrale Stromdrehscheibe mitten im westeuropäischen Stromverbundnetz kann und darf sich dieser Entwicklung der Marktöffnung in Europa nicht entziehen.

Am 22. September 2002 haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Gelegenheit, darüber zu entscheiden, ob die Marktöffnung in der Schweiz schrittweise und geordnet nach den Vorgaben des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) oder frei nach dem wilden Willen der Marktkräfte erfolgen soll. Mit den in einem breiten Dialogverfahren zwischen der Branche, den Wirtschafts- und den Umweltverbänden, den Parteien, den Konsumentenorganisationen, Bund und Kantonen sowie weiteren Kreisen festgelegten Rahmenbedingungen konnte eine konsensfähige und von Akzeptanz getragene Regelung für eine schrittweise und geordnete Strommarktöffnung erarbeitet werden. Die gesetzlichen Leitplanken, welche den sozialen, ökologischen und ökonomischen Anliegen gebührend Rechnung tragen, garantieren auch künftig eine sichere und preiswerte Stromversorgung.

Die wesentlichen Eckpfeiler des Gesetzes sind die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die finanzielle Ertragsfähigkeit des Netzbetriebs, die Verhinderung von Marktmissbrauch durch Kontrollorgane wie Schiedskommission, Preisüberwacher und Wettbewerbskommission, Transparenz, aber auch die Förderung der Wasserkraft und weiterer erneuerbarer Energien sowie der Schutz von Arbeitnehmern und Konsumenten. Die Strommarktöffnung nach schweizerischem Modell soll im Wesentlichen auch gewährleisten, international nicht isoliert zu werden, sondern von der Effizienz der Marktkräfte profitieren zu können, den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken und die Vorteile der bisherigen

Dr. *Rudolf Steiner:* «Rückblick auf eine intensive, aber auch äusserst interessante Zeit.»

Adresse des Autors
Dr. *Rudolf Steiner*, Nationalrat
Präsident des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE)
Postfach 6140
8023 Zürich

guten und bewährten Stromversorgung weiterhin aufrecht zu erhalten.

Im Hinblick auf die Umsetzung des EMG und der Verordnung stellt der VSE seine guten Dienste schon jetzt zur Verfügung. Unter Hochdruck wird unter Beizug von Fachleuten unserer Mitglieder an den nötigen administrativen und technischen Unterlagen gearbeitet.

Antiatominitiativen und Kernenergiegesetz

Am 28. September 1999 wurden die beiden Antiatominitiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus» eingereicht. Beide Volksinitiativen haben die Stilllegung der schweizerischen Kernkraftwerke zum Ziel. «Strom ohne Atom» sieht vor, die KKW Beznau und Mühleberg bereits zwei Jahre nach Annahme der Initiative ausser Betrieb zu nehmen, Gösgen und Leibstadt spätestens nach jeweils dreissig Betriebsjahren. Bei der Initiative «Moratorium Plus» ist die Betriebszeit auf vierzig Jahre beschränkt, wobei die Möglichkeit einer jeweils zehnjährigen Verlängerung durch referendumspflichtigen Bundesbeschluss gegeben ist. Im Weiteren können während einer Dauer von zehn Jahren keine neuen Kernkraftwerke mehr bewilligt werden.

Im Oktober 1999 entschied der Bundesrat, dem Parlament den Entwurf zu einem Kernenergiegesetz (KEG) als indirekten Gegenvorschlag zu den Initiativen zu unterbreiten. Der am 28. Februar 2001 vorgelegte Entwurf schreibt grundsätzlich keine zeitliche Beschränkung der Betriebsdauer der Kernkraftwerke vor. Damit unterstreicht zumindest der Bundesrat seine Politik, die Option Kernenergie als Teil einer langfristigen Energieversorgung in der Schweiz offen halten zu wollen. Die Elektrizitäts- und Kernenergiebranche lehnt jedoch folgende Punkte des bundesrätlichen Gegenvorschlages ab:

- das Verbot der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente,
- das mehrstufige Abstimmungsverfahren für Abfallager mit faktischem Vetorecht der Kantone,
- die solidarische Nachschusspflicht der anderen KKW-Betreiber für die Finanzierung der Entsorgungskosten,
- die unrealistisch hohen Barrieren gegen internationale Lösungen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle.

In der Wintersession 2001 hat der Ständerat als Erstrat das Kernenergiedossier behandelt. Der Nationalrat seinerseits hat sich mit den Unterlagen in der Sommersession 2002 beschäftigt und wird die Beratungen anlässlich der Herbstsession 2002 fortsetzen. Im Anschluss daran wird es vor der Schlussabstimmung im Parlament im Bedarfsfall noch zu einer Differenzbereinigung kommen. Die umstrittensten Punkte dürften dabei das Verbot der Wiederaufarbeitung und die zusätzliche Förderung der neuen erneuerbaren Energien sein. Die Elektrizitäts- und Kernenergiebranche lehnt beides entschieden ab. Eine zusätzliche Förderung der neuen erneuerbaren Energien durch eine Einspeisevergütung nach deutschem Modell und eine Abgabe von 0,3 Rp./kWh auf Kernenergiestrom würde massive Kosten für unsere Branche und die Wirtschaft zur Folge haben.

Aufgrund der gesetzlich vorgegebenen Fristen ist die Behandlung der Initiativen in den Räten bis am 28. März 2003 abzuschliessen. Der spät möglichste Zeitpunkt für die Volksabstimmung ist der 30. November 2003.

Schlussbemerkung

Mit der bevorstehenden Volksabstimmung vom 22. September 2002 steht die wegweisende Frage auf dem Spiel, wie der Strommarkt in der Schweiz zu öffnen ist, nämlich geordnet, schrittweise und mit klar vorgegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen oder wild oder ungeordnet durch marktmächtige Akteure. Im Sinne des politisch breit abgestützten EMG und dessen Ausführungsbestimmungen, aber auch im Einklang mit der klar positiven Haltung des VSE-Vorstands zum Gesetz, ist ein überzeugtes Ja zum EMG die zweifellos richtige Antwort, um auch in Zukunft die bewährte und sichere Stromversorgung in der Schweiz aufrechterhalten zu können. Im Weiteren ist in Hinblick auf die kommende Kernenergieabstimmung das Bekenntnis zu manifestieren, auch in Zukunft die Option Kernenergie offen halten zu wollen.

Die Einführung von Wettbewerb im schweizerischen Strommarkt stärkt insgesamt den Produktionsstandort Schweiz im europäischen Konkurenzumfeld und macht den ökologisch optimalen Strommix Schweiz noch attraktiver. Der VSE ist bereit, die mit der Umsetzung des EMG auch für ihn verbundenen Herausforderungen anzunehmen und sein Dienstleistungsangebot an die teils neuen und noch umfassenderen Ansprüche anzupassen. Machen Sie von unseren Angeboten entsprechend Gebrauch.

Marché de l'électricité au centre des activités

Exposé présidentiel présenté lors de la 112e Assemblée générale de l'AES le 6 septembre 2002 à Schwyz

Après la première année en tant que président de l'AES, l'auteur constate, avec raison, mais aussi avec fierté, avoir vécu une période extrêmement intéressante. Au cours de l'année, les efforts se sont essentiellement concentrés sur la votation populaire relative à l'ouverture du marché de l'électricité. Les deux initiatives antinucléaires et la LENu en tant que contre-projet domineront les activités de la scène politique l'année prochaine.

■ Rudolf Steiner

Introduction

Au cours de l'année écoulée, les efforts se sont essentiellement concentrés sur la votation populaire relative à l'ouverture du marché de l'électricité qui aura lieu le 22 septembre 2002. Cette loi a fait l'objet d'une discussion menée avec engagement, émotions, mais aussi objectivité, tant au sein de la branche électrique qu'à l'extérieur. Parallèlement, un débat houleux et controversé a eu lieu aux Chambres fédérales au sujet de la Loi sur l'énergie nucléaire (LENu), ainsi que sur les deux initiatives populaires «Moratoire-plus» – pour la prolon-

gation de l'interdiction de construire des centrales nucléaires et la limitation du risque nucléaire – et «Sortir du nucléaire» – pour un tournant dans le domaine de l'énergie et une désaffectation progressive des centrales nucléaires. Après la votation sur la Loi sur le marché de l'électricité (LME), les deux initiatives antinucléaires et la LENu en tant que contre-projet indirect aux deux initiatives domineront les activités de la scène politique en 2003.

L'ouverture du marché de l'électricité en Suisse selon la Loi sur le marché de l'électricité (LME)

En Europe, les marchés de l'électricité sont en pleine mutation. Alors que certains pays tels que l'Allemagne, la Finlande, la Norvège, la Suède, la Grande-Bretagne et l'Autriche ont déjà entièrement soumis leur marché de l'électricité à la concurrence, c'est-à-dire des grands consommateurs jusqu'aux ménages, d'autres pays tels que la France, l'Italie, etc. n'ont ouvert leur marché qu'en partie. En mars 2002, les ministres européens ont toutefois décidé d'ouvrir les marchés de l'électricité de tous les membres de l'UE à l'ensemble des PME à partir de 2004, alors que l'ouverture du marché pour les ménages a encore été reportée.

La Suisse, en tant que plaque tournante au sein du réseau interconnecté de l'Europe de l'ouest ne peut et ne doit pas échapper à cette évolution de l'ouverture du marché européen.

Le 22 septembre 2002, les citoyens suisses auront la possibilité de choisir entre un marché suisse de l'électricité s'ouvrant par étapes et de manière ordonnée selon la Loi sur le marché de l'électricité (LME) ou de manière sauvage en fonction des forces du marché. Les conditions-cadre fixées au cours du processus de consultation entre la branche, les associations économiques et écologistes, les partis politiques, les organisations des consommateurs, la confédération et les cantons, ainsi que d'autres milieux ont permis d'élaborer une réglementation consensuelle en faveur d'une ouverture du marché de l'électricité par étapes et ordonnée. Le cadre juridique, répondant aux intérêts sociaux, écologiques et économiques, garantit aussi à l'avenir un approvisionnement en électricité fiable et avantageux.

Les principaux garde-fous de la loi sont les suivants: la garantie de la sécurité de l'approvisionnement, la rentabilité de la gestion du réseau, l'empêchement d'abus du marché par les organes de contrôle tels que la commission d'arbitrage, le surveillant des prix et la commission de la concurrence, la transparence, l'encouragement de la force hydraulique et d'autres énergies renouvelables, sans oublier la protection des employés et des consommateurs. L'ouverture du marché de l'électricité selon le modèle suisse doit avant tout permettre à la Suisse de ne pas s'isoler, et au contraire de profiter de l'efficacité des forces du marché, de renforcer son rôle de centre économique, ainsi que de maintenir les avantages actuels découlant d'un approvisionnement en électricité qui a fait ses preuves.

En vue de la mise en œuvre de la LME et de l'ordonnance, l'AES offre dès à présent ses services. Elle travaille d'arrache-pied, en ayant recours aux spécialistes de nos membres, à l'élaboration des documents administratifs et techniques nécessaires.

Initiatives antinucléaires et Loi sur l'énergie nucléaire

Le 28.09.1999, les deux initiatives antinucléaires «Sortir du nucléaire» et «Moratoire-plus» ont été déposées. Ces deux initiatives ont pour objectif la désaffectation des centrales nucléaires suisses. «Sortir du nucléaire» prévoit de mettre hors service les centrales de Beznau et de Mühleberg deux ans après l'adoption de l'initiative et d'arrêter la production des installations de Gösgen et Leibstadt au plus tard 30 ans après leur mise en service. «Moratoire-plus» limite l'exploitation à 40 ans, bien que la possibilité soit donnée de prolonger la mise en service de 10 ans par le biais d'une décision fédérale soumise au référendum. De plus, aucune autorisation ne sera accordée pendant 10 ans pour toute nouvelle centrale nucléaire.

En octobre 1999, le Conseil fédéral a décidé de soumettre au parlement le projet de la Loi sur l'énergie nucléaire (LENu) comme contre-projet indirect aux initiatives. Ce projet soumis le 28.02.2001 ne prévoit aucune limitation de la durée d'exploitation des centrales nucléaires. Ainsi, le Conseil fédéral souligne sa volonté de garder ouverte l'option nucléaire comme élément de l'approvisionnement en électricité à long terme en Suisse. La branche de l'électricité et de l'énergie nucléaire rejette toutefois les points suivants contenus dans le contre-projet des chambres fédérales:

- l'interdiction du retraitement des assemblages combustibles usés,
- la procédure de vote à plusieurs niveaux pour le dépôt de déchets avec droit de veto effectif des cantons,
- l'obligation solidaire des autres exploitants de centrales nucléaires de payer des versements complémentaires pour le financement du traitement des déchets,
- les obstacles irréalistes contre des solutions internationales pour le traitement des déchets radioactifs.

Au cours de la session d'hiver 2001, le Conseil des Etats a traité, en tant que premier conseil, le dossier sur l'énergie nucléaire. Le Conseil national s'est quant à lui penché sur ces documents au cours de la session d'été 2002 et poursuivra ses débats au cours de la session d'automne 2002. Si nécessaire, il sera procédé ensuite à l'élimination des divergences avant la votation finale au Parlement. L'interdiction du retraitement des déchets et l'encouragement supplémentaire des nouvelles énergies renouvelables devraient soulever les plus grandes controverses.

La branche de l'électricité et de l'énergie nucléaire rejette catégoriquement ces deux points. Le fait de favoriser selon le modèle allemand les nouvelles énergies renouvelables en garantissant le prix du courant injecté ainsi qu'une taxe de 0,3 ct./kWh sur l'énergie nucléaire entraîneraient des coûts considérables pour notre branche et pour l'économie nationale.

Selon les délais légaux, les Chambres fédérales doivent avoir terminé de traiter les initiatives d'ici au 28.03.2003 et les textes de loi doivent être soumis au peuple suisse au plus tard le 30.11.03.

Remarques finales

Lors de la votation populaire du 22 septembre 2002, il s'agira de choisir la manière selon laquelle le marché de l'électricité s'ouvrira en Suisse: soit par étapes et de manière ordonnée par le biais de conditions-cadre juridiques données, soit de manière sauvage en fonction des acteurs qui dominent le marché. Il ne fait aucun doute qu'un OUI à la LME est la bonne réponse, et ce, non seulement dans le sens de la LME et de ses dispositions d'exécution largement soutenues au niveau politique, mais aussi en harmonie avec la position du comité de l'AES clairement en faveur de la loi. Ce OUI assurera à l'avenir également un approvisionnement fiable en électricité. Compte tenu de la future votation sur l'énergie nucléaire, il faut se déclarer prêt à maintenir ouverte l'option nucléaire.

ALSTOM
20% aller Kraftwerke weltweit hat ALSTOM bereits gebaut.
ALSTOM ist einer der führenden Anbieter von Energie-Management-Software.
Martin und Steffanie geniessen das Leben.
Der Verbrauch an elektrischer Energie wird sich voraussichtlich in den nächsten zwanzig Jahren nahezu verdoppeln.
ALSTOM entwickelt, installiert und wartet Infrastrukturanlagen, um diesen wachsenden Bedarf zu befriedigen.
© ALSTOM 2001 DDB & Co.
ALSTOM, the global specialist in energy and transport infrastructure.
www.alstom.com